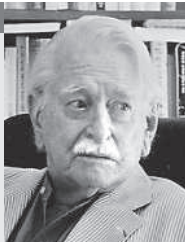


Klaus Harpprecht

Die Glosse: Von der Inflation der Kulturen und von Peer Steinbrücks Lachen

Klaus Harpprecht

(* 1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war Berater von Willy Brandt. Zuletzt erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff. Im Februar erhielt er den Lessing-Preis der Stadt Hamburg.



»Wenn ich das Wort Kultur höre, entsichere ich meinen Revolver«, soll Joseph Goebbels gesagt haben. Er irrte: Wenn er das Wort Kultur in den Mund nahm, entsicherte sich der Revolver von selbst, doch richtete er sich, leider, nicht gegen ihn (zunächst nicht). Unterdessen werde uns Deutschen, bemerkte konträr dazu der einstige Bundesfinanzminister mit seiner üblichen Prise Spott, nachgerade alles zur Kultur. Vielleicht ist dabei ein unbewusster Prozess der verbalen Wiedergutmachung am Werk – die tägliche Buße für den nazistischen Versuch, die Kultur abzuschaffen? Nirgendwo wurde die Multiplikation der Vokabel mit einer solch einschüchternden Entschlossenheit exerziert wie unter Sozialdemokraten, zum Beispiel von der Generalsekretärin (die der Autor dieser Zeilen aufrichtig schätzt) in ihrem Dialog mit dem Chefredakteur dieser Zeitschrift. Für die Erneuerung der Partei forderte sie »die Etablierung einer neuen Kommunikationskultur«. Und sie fragte im gleichen Atemzug: »Haben wir eine Kultur des Zuhörens?« Weiter: »Haben wir eine Kultur der Offenheit gegenüber Menschen, die sich politisch interessieren?«

Gemeint ist: Wir müssen wieder lernen, verständlich und geduldig miteinander zu reden. Wir müssen vor allem lernen, einander zuzuhören. Und schließlich: Wir müssen lernen, in uns aufzunehmen, was die anderen zu sagen haben, müssen ohne Sperren darüber nachdenken, müssen sichtbar

werden lassen, dass die anderen Recht haben könnten und wir selber Unrecht.

Notwendige Vorsätze. Braucht es dafür die Vokabel »Kultur«? Wird sie, durch den Verschleiß, nicht auf die Züchtung von Bakterien-Kulturen im chemischen Labor reduziert? Sollte die geistige und moralische Renaissance der Partei nicht bei der Sprache beginnen?

Glaubwürdigkeitskrise der SPD

Peer Steinbrück zitierte in seiner großen Rede im Parteivorstand am 12. Oktober 2009 Heribert Prantl, den Politikchef der *Süddeutschen Zeitung*, der vom »Verfall der Führungskultur« in der SPD schrieb. Natürlich hatte der Münchener Vordenker Recht, und die »Kultur« nahm sich in jenem Zusammenhang nicht fremd aus, da der Führungsstil einer Partei in der Tat auch eine Frage der Kultur im hergebrachten Sinne ist. Steinbrück zitierte in jener Ansprache, mit der er sich von seinen Ämtern verabschiedete, ein zweites Mal die »Kultur« – nämlich jene der »innerparteilichen Demokratie«. Ihr habe er nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt, warfen ihm seine Kritiker vor. Er räumte den möglichen Mangel ein, aber zugleich wies er harsch darauf hin, dass die Vorstände mancher Landes- und Bezirksverbände nicht versäumen sollten, vor der eigenen Tür zu kehren.

Seine Analyse der katastrophalen Niederlage der SPD: eine tiefe Glaubwürdigkeitskrise. Glaubwürdigkeit freilich werde nicht dadurch zurückgewonnen, dass man »die meisten Schilder unserer Regierungspolitik der vergangenen Jahre flugs abmontiere«. Genau das geschah, zuletzt mit der Relativierung des Beschlusses der Großen Koalition, das Rentenalter schrittweise auf

67 Jahre anzuheben. In einem Interview mit dem *Spiegel* aus Anlass der Publikation seines »Krisentagebuches« (*Unterm Strich, Hoffmann und Campe*), sagte er ungerührt, es passe nicht zusammen, »dass die Deutschen immer später ins Berufsleben einsteigen, immer früher in Rente gehen und gleichzeitig immer länger leben«. Die Tatsache, dass die Wirtschaft sich bis heute keineswegs bereit fand, genügend Arbeitsplätze für die 60- bis 65-Jährigen zu schaffen, widerlegt die Logik nicht. Der Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften bei den jüngeren Generationen wird für eine Änderung sorgen. Auch Steinbrück hält Korrekturen der Reformgesetze der Großen Koalition und der Ära Schröder für unvermeidlich. Aber er lehnt sich dagegen auf, die elementaren Einsichten der Agenda 2010 populären und populistischen Manövern zu opfern. Vielmehr pocht er darauf, dass die Bundesrepublik Deutschland die große Krise besser bestanden habe als die meisten unserer Partner in der Europäischen Union. Für ihn ist es nicht ausgemacht, dass die Heimsuchung ein- für allemal gebannt werden konnte.

Regierungsunfähigkeit von Schwarz-Gelb

Steinbrück zögerte weder in seiner Abschiedsadresse an den Parteivorstand noch in seinem Buch und schon gar nicht in dem großen *Spiegel*-Gespräch, seine eigenen Fehler einzugestehen, ja mehr als das: Er führte sie vor, als wolle er in einem Lehrstück demonstrieren, welche Irrtümer und Versäumnisse man sich auf keinen Fall ein anderes Mal leisten dürfe. Er sagt es nicht wörtlich, aber er gibt es uns deutlich genug zu verstehen: die steigenden Umfragewerte für die SPD (mehr noch für die Grünen) sagen über die eigene Regierungsfähigkeit nicht allzu viel aus – sie bezeugen vor allem die Regierungsunfähigkeit der schwarz-gelben Koalition. Angela Merkel mauert sich in der (innenpolitischen) Grundstra-

tegie Helmut Kohls ein: der »Durchsitzkultur« des Pfälzers. Überdies trifft für sie in verstärktem Maße zu, was bis zu einem gewissen Grade für jeden Politiker wahr ist: dass sie nicht besser sein kann als ihre Partner. An der Seite von Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier war sie eine gute Kanzlerin, an der Seite von Guido Westerwelle ist sie eine miserable.

Es mag sein, dass die FDP nach den kommenden Landtagswahlen wegbriecht. Und dann? Sofortige Neuwahlen? Eine Übergangsregierung Rot-Grün-Schwarz? Wer tritt dann für die Sozialdemokratie in die erste Reihe? Die SPD kann, sowenig wie die Konkurrenz-Parteien, derzeit kaum eine überwältigende Heerschar von Talenten aufbieten. Ob es Peer Steinbrück passt oder nicht: Er wird noch nicht in die Rente entlassen. Gleiches gilt für Franz Müntefering, für Heidemarie Wieczorek-Zeul und andere (Frank-Walter Steinmeier steht noch lange nicht an). Der Parteichef wird ihre Hilfe brauchen. Manche der Älteren sind, man konstatiert es mit einem Seufzer, jünger als viele der Jungen.

Friedrich Merz, lange Jahre Steinbrücks wirtschafts- und finanzpolitischer Widersacher im Bundestag, sagt von ihm am Ende der fairen Würdigung seines Buches in der »Literarischen Welt«, man könne sich schwer vorstellen, dass der Verfasser einfacher Abgeordneter bleibe. In der Tat: Die SPD kann (und darf) auf den Erben von Helmut Schmidt in führender Position nicht verzichten. Deutschland kann es nicht. Europa kann es nicht. Zumal Europa, denn er hat den Mut, unseren Landsleuten immer wieder die blanke Wahrheit zu präsentieren, dass niemand durch den Binnenmarkt und die gemeinsame Währung mehr gewann als die Deutschen. Schließlich: unser Hunger nach Witz, Ironie und Selbstironie, unser Verlangen nach dem freien und befreienden Lachen in der Politik braucht ihn dringender denn je. Wenn einer, dann ist er es, der (Verzeihung) unsere Lach-Kultur zu retten vermag.